Protokoll

über die 30. Sitzung des Ausschusses für Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 03.11.2005, im Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

---

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16.30 Uhr
Ende:	18.35 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Bösener bekannt, dass die Behindertenbeauftragte, Frau Lehning-Fricke, gegen 18.00 Uhr den Ausschuss besuchen wird, um für die Behindertentage zu werben.

Des Weiteren gibt er bekannt, dass die Schriftführerin Frau Kühn heute an der Sitzung nicht teilnimmt und Herr BV Böhnke die Schriftführung übernimmt.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokoll der Sitzung am 01.09.2005**

Das Protokoll der 29. Sitzung wird genehmigt.

TOP 3: **Anträge**

TOP 3.1: **Sozialticket erhalten**
Drucksache: 1752/II – BV Wagner

Herr Bösener teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass Frau BV Wagner an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann und hat ihm eine Änderung ihres Antrages gemailt. Herr Bösener verteilt die Änderung an die Ausschussmitglieder und stellt diese zur Diskussion. Es besteht bei allen Fraktionen Klärungsbedarf, der die Anwesenheit von Frau BV Wagner erforderlich macht.

Der Antrag wird vertagt.

TOP 4: **Nicht abgeschlossene Akten im Sozialamt (Fortsetzung der Diskussion aus der BVV am 19.10.2005)**

Herr Bezirksstadtrat Wöpke teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass sein Redebeitrag aus der BVV zu diesem Thema als schriftliche Beantwortung den Fraktionen zu gegangen ist. Er erteilt mit Zustimmung des Vorsitzenden Herrn Bartsch, Fachbereichsleiter 3, das Wort.

Herr Bartsch berichtet über den aktuellen Stand. Nach einer groben, überschlägigen Schätzung von Herrn Bartsch befinden sich in der 7. Etage derzeit ca. 26.000 Aktenbände, sortiert in alphabetischer Reihenfolge. Diese Zahl setzt sich u.a. aus abgeschlossenen BSHG-Fällen, die infolge Platzmangel nicht in den Aktenkeller gegeben werden konnten, aus nicht abgeschlossenen BSHG-Fällen die noch bearbeitet und geschlossen werden müssen, aus sogenannten „nichtlaufenden“ BSHG –Fällen – also jenen, bei denen z.B. lediglich einmalige Beihilfen ge-

währt wurden –, Kosteneinziehungs- und Kostenersatz- und Rückforderungsfällen usw. zusammen. Eine Aussage über die tatsächliche Anzahl der in diesen ca. 26.000 Aktenbänden enthaltenen (Hilfe-)Fälle ist anlässlich dieser Grobschätzung nicht möglich.

Die angesprochenen (zuletzt noch 92) Ordner enthalten nach Sachgebieten sortierte Postrückstände zu diesen BSHG-Akten und sind hauptsächlich in der Zeit von Oktober bis Dezember 2004 entstanden, als alle verfügbaren Kräfte mit der Umsetzung von Hartz IV beschäftigt waren. Der Fachbereich 3 hat sich nach in Kraft treten des SGB II und SGB XII von 64 auf zur Zeit 19 Mitarbeiter reduziert, die jetzt in der aktuellen Schließzeit versuchen, die Postrückstände weitestgehend abzuarbeiten.

Frau BV Martienßen bittet um Auskunft, ob die Amtsleitungen der Berliner Sozialämter gemeinsam nach Problemlösungen suchen, da es sich anscheinend um ein Berlinweites Problem handelt. Herr Geese berichtet aus der Sozialamtsleitersitzung und erläutert die zusätzlichen Problematiken des Haftungsausschlusses. Um eine Sozialhilfeakte abschließend bearbeiten und eine Haftung ausschließen zu können, müssen **alle** Aktenbände eines Vorganges nochmals überprüft werden. Dies ist sehr zeitaufwendig und ist auf Grund der Aktenmenge nicht zu bewältigen. Einige Bezirke haben bereits Arbeitsanweisungen zur Vereinfachung dieser Tätigkeit erlassen. Gemeinsam mit dem Rechtsamt lässt Herr Geese überprüfen, ob auch für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf eine solche Vereinfachung und stichprobenartige Überprüfung der abzuschließenden Akten umgesetzt werden kann.

Herr Geese hat zusammen mit Herrn Bartsch errechnet, dass für eine zügige Aufarbeitung der Altakten noch min. 10 zusätzliche Mitarbeiter benötigt werden. Diese sind beim Zentralen Stellenpool angemeldet. Auf Grund der fehlenden Grundkenntnisse im Sozialhilferecht müssen die neuen Mitarbeiter erst mühselig angelernt werden.

Auf Nachfrage des Herrn BV Schimmel berichtet Herr Bartsch, dass Hilfeempfängern, die sich in einer Notlage befunden haben, sofort geholfen wurde und in einer Sonderaktion bereits alle Anträge auf einmalige Beihilfen bearbeitet wurden.

TOP 5: **Bezirkshaushaltsplan 2006/2007**

Herr Bezirksstadtrat Wöpke unterrichtet den Ausschuss über die Stelleneinsparungen im Jahr 2006. Die Abteilung Soziales muss vorerst 19 Stellen einsparen. Die Auswahl der Mitarbeiter, die in den Überhang gemeldet werden müssen, erfolgt durch eine Sozialauswahl.

Herr Wöpke berichtet ergänzend (zum Ausschuss vom 01.09.2005) zum Thema pauschale Minderausgaben. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat nunmehr auf die Schreiben der Abteilung Soziales geantwortet und eigene methodische Fehler eingeräumt bzw. sich teilweise der bezirklichen Argumentation angeschlossen. Auf einige Beanstandungen des Bezirksamtes wurde seitens der Senatsverwaltung jedoch noch nicht eingegangen, so dass die Abteilung hierzu abermals an SenFin geschrieben hat. Der Dezernent wird den Ausschuss über den Fortgang der Angelegenheit weiter unterrichten.

TOP 6: **Bericht aus dem Bezirksamt**

- **Kooperationsvereinbarung gemäß § 16 SBG II**

  Der Dezernent unterrichtet den Ausschuss über die Vorbereitungen zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung gemäß § 16 SGB II zwischen dem Bezirksamt und dem JobCenter Steglitz-Zehlendorf. In der Vereinbarung wird die Zusammenarbeit zwischen den Fallmanagern des JobCenters und kommunalen Beratungseinrichtungen (Sozialpsychiatrische Dienst, Schuldnerberatung etc.) geregelt. Die Bereitstellung dieser Beratungsmöglichkeiten sind kommunale Pflichtaufgaben.

Der Ausschussvorsitzende unterbricht diesen Tagesordnungspunkt und erteilt der zwischenzeitlich erschienenen Bezirksbehindertenbeauftragten, Frau Lehning-Fricke, das Wort.

Frau Lehning-Fricke berichtet ausführlich über die in der Zeit vom 01.12.2005 bis 03.12.2005 stattfindenden Behindertentage.

Sie lädt alle Anwesenden zum Besuch der Veranstaltungen des Behindertentages ein und verteilt Flyer mit Veranstaltungs- und Programmhinweisen.

Weiter TOP 6: **Bericht aus dem Bezirksamt**

- **Ehrenamtlicher Dienst**

  Herr Geese berichtet, dass die neue Allgemeine Anweisung über den Ehrenamtlichen Dienst im sozialen Bereich noch nicht in Kraft getreten ist, da die Senatskanzlei Vorbehalte und Änderungswünsche hat. Im Fachbereich bestehen Überlegungen die vorhandenen ehrenamtlichen Mitarbeiter bis Ende 2006 zu verlängern und mit der neuen Legislaturperiode Neuwahlen stattfinden zu lassen.
  Herr Wöpke teilt mit, dass eine Sitzung am 21.11.2005 in der Senatskanzlei zum Thema ‚Erweiterung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf andere Bereiche und deren Finanzierung' stattfindet. Er wird den Ausschuss zu gegebener Zeit unterrichten.

- **Asbest**

  Der Dezernent unterrichtet die Ausschussmitglieder über die vom Hochbauamt durchgeführte Überprüfung der Asbestbelastung im Seniorenwohnhaus Mudrastraße. Das vorliegende Gutachten weist die Dringlichkeitsstufe I aus. Nach Bekanntgabe des Gutachtenergebnisses sind Sofortmaßnahmen erfolgt, so dass für die Bewohner keine weitere Gefährdung mehr besteht.

- **Zielvereinbarung Modellsozialamt**

  Die unterschriftsreife Fassung der Zielvereinbarung liegt jetzt vor. Der Dezernent sieht allerdings die Umsetzung zum 01.01.2006 gefährdet, da zur Zeit das entsprechende Personal nicht vorhanden ist. Es ist beabsichtigt, dass unter den Mitarbeitern der Abteilung Soziales ein Interessenbekundungsverfahren stattfindet. Die Abteilung benötigt nach dem vorliegenden Betreuungsschlüssel 12 Mitarbeiter, die sich für dieses Aufgabengebiet interessieren. Der umfangreiche Schulungsbedarf für die Fallmanager wird vom Land Berlin nicht zeitnah abgedeckt, da zur Zeit nur 36 Schulungsplätze zur Verfügung stehen. Die Schulungen werden insgesamt ein Jahr dauern.

TOP 7: **Verschiedenes**

Frau BV Schmidt-Petry bittet aufgrund eines aktuellen Telefonates mit einer privaten Pflegestation sicherzustellen, dass grundsätzlich alle Rechnungen von Pflegestationen zeitnah bezahlt werden. Herr Lehmann teilt hierzu u.a. mit, dass der Leiter der fraglichen Pflegestation ihn am Vormittag bereits angerufen habe und er zugesichert hat, die Angelegenheit zeitnah mit der verantwortlichen Rechnungsstelle der Abteilung zu klären.

Die nächste Sitzung findet am 01.12.2005 statt.

Ausschußvorsitzender:	**BV Bösener**	
Schriftführer:	**BV Böhnke**	
Protokoll:	**Frau Wansner**	**Berlin, den 09.11.2005**